

07.04.2021

## **Digitale Lösung für Genehmigungsverfahren im Rahmen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes entwickelt**

Unter Federführung der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Bereich Umwelt, wurde gemeinsam mit dem Bereich IT-Dienste und IT-Service und der BASF SE in einem Pilot-Projekt, das Ende Januar 2021 startete, der Grundstein für die vollständige Verfahrensführung über den Nextcloud-Server der Stadtverwaltung gelegt. Seit dem 22. Februar 2021 kann der Datenaustausch im Echtbetrieb laufen und läutet den Beginn für die Ablösung der Verfahrensabwicklung in Papierform ein.

Über eine bei der Stadt Ludwigshafen eingerichtete Plattform auf Nextcloud-Basis kann der digitale Austausch zwischen Antragsteller, Genehmigungsbehörde und den jeweiligen Fachbehörden gebündelt sowie rechts- und datensicher ausgeführt werden. Das Projekt findet in Kooperation mit dem Umweltministerium des Landes Rheinland-Pfalz und der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD) statt. Die Plattform ist zudem flexibel und erweiterbar, sodass sie von anderen Behörden im Rahmen der Kooperation mitgenutzt werden kann. Regional und überregional haben zwischenzeitlich weitere Firmen Interesse angemeldet, sich an der Plattform zu beteiligen. Auch in anderen Bundesländern stößt das Projekt auf größere Beachtung.

„Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie wichtig wir als Stadtverwaltung die Digitalisierung von Dienstleistungen nehmen. Ich freue mich, dass wir auf dem Weg der Kooperationen echte Erfolge erzielen“, erläutert Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck. „Dass wir seit ein paar Wochen Genehmigungsverfahren virtuell und barrierearm abbilden können, ist für uns ein toller Schritt hin zu mehr Kundenorientiertheit und Effizienz“, ergänzt Umweltdezernent Alexander Thewalt.

### **Zum Hintergrund**

Mit steigenden Inzidenzwerten während der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 waren zahlreiche Arbeitnehmer\*innen verpflichtet, nach Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten. Dadurch wurde die Organisation der Genehmigungsverfahren im Rahmen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erschwert, denn die hierfür benötigten Akten mussten zeitaufwändig per Post zwischen Antragsteller, Fachbehörden und der Verwaltung ausgetauscht werden. Durch die nun entstandene digitale Lösung werden die Verfahren effektiver in die Wege geleitet und abgewickelt.